

Kirsten Ennuschat

Der Einfluß des Zivilrechts  
auf die strafrechtliche  
Begriffsbestimmung  
am Beispiel der  
Urkundenfälschung gemäß  
§ 267 StGB



**PETER LANG**

Europäischer Verlag der Wissenschaften

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	15
<b>1. Abschnitt: Die Erklärung unter eigenem Namen</b> .....	17
<b>1. Kapitel: Einfluß der Geschäftsunfähigkeit auf die Urkunde und ihre Echtheit</b> .....	17
A. Die Wirkungen auf die Urkundenqualität .....	17
I. Das Erfordernis einer Gedankenerklärung.....	17
1. Erklärungsbewußtsein des Geschäftsunfähigen.....	17
2. Die Notwendigkeit eines Erklärungswillens .....	18
3. Ergebnis: Genügenlassen des Anscheins einer Gedankenerklärung.....	20
II. Rechtliche Unerheblichkeit der Erklärung eines Geschäftsunfähigen .....	21
1. Wortlaut des § 267 StGB.....	21
2. Historische Auslegung.....	21
3. Ergebnis: Genügenlassen des Anscheins der Rechtserheblichkeit .....	22
B. Unechtheit der Urkunde wegen Geschäftsunfähigkeit des Erklärenden? .....	22
I. Der rechtlich Haftende als Anscheinsaussteller.....	22
II. Die Zuordnung der Erklärung zum Anscheinsaussteller .....	23
1. Der körperliche Akt der Herstellung und Unterzeichnung der Erklärung .....	24
2. Die Existenz einer Willenserklärung.....	26
3. Das Erfordernis zivilrechtlicher Haftung für die Erklärungs- zuordnung zum Anscheinsaussteller .....	26
4. Zuordnungsmaßstab unterhalb der zivilrechtlichen Haftung: das Erklärungsbewußtsein.....	27
a) Erklärung eines Geschäftsunfähigen gem. § 104 Nr. 1 BGB .....	27
b) Erklärung eines Geschäftsunfähigen gem. § 104 Nr. 2 BGB .....	28
C. Der Geschäftsunfähige wird durch einen Dritten veranlaßt, eine Erklärung mit eigenem Namen zu unterzeichnen .....	30
D. Sonderproblem: Die Auswirkungen beschränkter Geschäftsfähigkeit des Unterzeichnenden.....	34

<b>2. Kapitel: Einfluß der Sittenwidrigkeit gem. § 138 BGB auf die Urkunde und ihre Echtheit</b> .....	35
A. Die Wirkungen auf die Urkundenqualität .....	35
I. Evident sittenwidrige Erklärungen .....	35
II. Rechtliche Unerheblichkeit sittenwidriger Erklärungen.....	36
B. Wirkung der Sittenwidrigkeit auf die Echtheit einer Urkunde .....	36
<b>3. Kapitel: Willensmängel bei der Erklärungsabgabe</b> .....	37
A. Erklärungsirrtum gem. § 119 Abs. 1 Fall 2 BGB.....	37
I. Keine Auswirkung des Willensmangels auf die Urkundenqualität.....	37
II. Auswirkung des Willensmangels auf die Echtheit .....	38
1. Die Unvereinbarkeit des zivilrechtlichen „Schwebezustandes“ mit den strafrechtlichen Bedürfnissen .....	38
2. Die rechtliche Bedeutung des „Schwebezustandes“ .....	39
a) „Echte“ Rückwirkung .....	39
b) Deklaratorische Wirkung des späteren Rechtsakts.....	40
c) Konstitutive Wirkung des späteren Rechtsakts unter Verwendung der Fiktion der vergangenen Rechtslage.....	41
3. Strafrechtliche Konsequenzen.....	42
III. Verursachung des Willensmangels durch einen Dritten.....	42
B. Durch Täuschung veranlaßte irrtumsbedingte Unterzeichnung, § 123 Abs. 1 Fall 1 BGB .....	43
I. Beteiligung einer Person bei der Herstellung des Schriftstücks .....	43
II. Der Einfluß der Täuschung.....	44
1. Das Verhältnis von § 267 und § 271 StGB .....	45
2. Parallele zum Zeugenbeweis .....	46
3. Fehlende Differenzierungsmöglichkeit bei Anwendung des zivilrechtlichen Maßstabes .....	46
III. Ergebnis.....	47
C. Die Auswirkungen des Motivirrtums .....	48
D. Durch Drohung oder Anwendung von Gewalt veranlaßte Unterzeichnung, § 123 Abs. 1 Fall 2 BGB .....	48
I. Drohung .....	48
1. Der Maßstab des § 35 StGB .....	49

2. Die Aufhebung der geistigen Urheberschaft.....	50
II. Gewalt .....	50
<b>4. Kapitel: Der geheime Vorbehalt des Erklärenden, das Erklärte nicht zu wollen, § 116 BGB .....</b>	<b>51</b>
A. Kein Einfluß der Nichtigkeit auf die Echtheit einer Urkunde.....	52
B. Bösgläubigkeit des Erklärungsempfängers .....	52
C. Gutgläubigkeit des Erklärungsempfängers .....	53
D. Ergebnis .....	53
<b>5. Kapitel: Anfechtung der eigenen Erklärung .....</b>	<b>53</b>
A. Der Einfluß der Anfechtung auf die zukünftige Beurteilung des Schriftstücks .....	54
I. Auswirkungen von Willensäußerungen auf die Urkundenqualität.....	55
II. Verlust der Abänderungsberechtigung .....	57
III. Die Zulässigkeit unterschiedlicher Folgen der zivilrechtlichen Nichtigkeit.....	58
IV. Widerruf einer Erklärung und Ausübung eines vorbehaltenen Rücktritts .....	58
B. Die Bedeutung der Anfechtung für die Vergangenheit.....	58
C. Das Handlungsmerkmal des § 267 Abs. 1 1. Alt. StGB .....	60
I. Herstellen durch bloße Willensäußerung?.....	60
1. Wortlaut.....	60
2. Systematik .....	60
a) Auslegung des Handlungsmerkmals „nachmachen“ in § 146 StGB.....	60
b) Der Zueignungsbegriff in § 246 StGB.....	61
c) Herstellen einer Zufallsurkunde.....	61
II. Herstellen durch In-den-Händen-Halten?.....	62
III. Gebrauch einer unechten, aber nicht als unecht hergestellten Urkunde .....	62
<b>2. Abschnitt: Das Handeln unter fremdem Namen .....</b>	<b>64</b>
<b>1. Kapitel: Das stellvertretende Handeln unter fremdem Namen.....</b>	<b>64</b>
A. Handeln unter fremdem Namen: eine Begriffsbestimmung.....	65

B. Zivilrechtliche Entwicklung des stellvertretenden Handelns unter fremdem Namen .....	65
C. Geschäft des Namensträgers.....	67
I. Einhaltung des § 126 Abs. 1 BGB bei gesetzlich angeordneter Schriftform .....	67
1. Der rechtlich Haftende als Aussteller.....	68
a) Vornahme der Erklärungshandlung.....	69
b) Beweiszweck der Erklärung .....	69
c) Zivilrechtliche Ausnahme als Grundfall für den strafrechtlichen Echtheitsbegriff.....	70
d) Überprüfungsmöglichkeit bei offener Stellvertretung.....	71
e) Interesse an der erklärenden Person.....	72
f) Schutz vollwirksamer Erklärungen.....	73
2. Erheblichkeit der Auslegung des § 126 BGB für die strafrechtliche Echtheitsbestimmung .....	74
3. Parallelisierung von Strafrecht und Zivilrecht möglich trotz unterschiedlicher Verwendung des „Aussteller“-Begriffs .....	75
a) Die zivilrechtliche Verwendung des Begriffs „Aussteller“ .....	76
b) Strafrechtliche Konsequenzen .....	77
II. Abgabe einer schriftlichen Erklärung durch Boten bei gem. § 126 BGB notwendiger Schriftform .....	77
D. Eigengeschäft des Handelnden trotz Verwendung des fremden Namens.....	79
I. Parallele zur sog. „Namenstäuschung“ .....	79
II. Heranziehung von nicht in der Erklärung verkörpertten Kriterien zur Bestimmung des rechtlich Gebundenen.....	81
III. Anwendung der Dreipunkteformel der Geistigkeitstheorie.....	82
IV. Außerachtlassung persönlicher Eigenschaften und Fähigkeiten .....	82
E. Fremdgeschäft des Namensträgers, aber fehlender Vertretungswille des Handelnden .....	84
I. Die Behandlung des fehlenden Vertretungswillens im Zivilrecht.....	85
II. Konsequenzen für die strafrechtliche Beurteilung des unterzeichneten Schriftstücks.....	86
F. Übernahme der Identität des Namensträgers durch Nachahmung seiner Schriftzüge.....	87

G. Berücksichtigung des Empfängerhorizontes als zulässiges Kriterium bei der Echtheitsbestimmung .....	89
I. Gefahr der Relativität der Echtheitsbestimmung .....	89
II. Notwendigkeit der Eingrenzung der für den Empfängerhorizont erheblichen Kriterien zur Vermeidung des bloßen Wahrheitsschutzes .....	92
III. Unmöglichkeit der Bestimmung des Empfängerhorizontes im Herstellungszeitpunkt .....	93
1. Unanwendbarkeit der zivilrechtlichen Zurechnungsregeln im Vorfeld des zivilrechtlichen Geltungsbereiches.....	93
a) Die Vorstellung eines bestimmten Erklärungsempfängers.....	93
b) Fehlende Wirksamkeit der Erklärung im Herstellungszeitpunkt .....	94
2. Zulässigkeit der Hypothese des späteren Zugangs der Erklärung bei einem bestimmten Empfänger .....	95
H. Der Wille des Namensträgers, vertreten zu werden, als zulässiges Kriterium.....	97
I. Die Erlaubnis zur Namensverwendung .....	97
1. Geltung der Erklärung für den Namensträger .....	97
2. Übertragung des Namensrechts auf den Handelnden .....	97
II. Der Wille des Namensverwenders bei der sog. „Namenstäuschung“ .....	98
III. Keine Kompensation begangenen Unrechts, sondern zulässige Rechtsausübung des Namensträgers .....	99
<b>2. Kapitel: Die nähere Ausgestaltung des Willens des Namensträgers als Anscheinsaussteller, die Erklärung als eigene gelten zu lassen .....</b>	<b>100</b>
A. Geheimer Vorbehalt des Namensträgers, das Erklärte nicht zu wollen .....	100
I. Das „Erklärte“ i.S.d. § 116 BGB .....	101
II. Der Vertreter kennt den Vorbehalt des Namensträgers .....	102
III. Vorbehalt des Vertreters bei Abgabe der Willenserklärung .....	103
IV. Abgrenzung zum Scheingeschäft gem. § 117 BGB .....	103
V. Strafrechtliche Konsequenzen.....	103
1. Weder der Vertreter noch der Rechtsverkehr kennen den Vorbehalt des Namensträgers.....	104
2. Der Unterzeichnende kennt den Vorbehalt .....	105
a) Kein Einfluß auf die Echtheitsbestimmung .....	105
b) Keine versuchte Urkundenfälschung des Unterzeichnenden .....	105

3. Kenntnis des Erklärungsempfängers vom geheimen Vorbehalt des Namensträgers .....	106
B. Der umgekehrte geheime Vorbehalt des Namensträgers, das Verweigertere innerlich doch zu wollen.....	107
I. Handeln des Unterzeichnenden als Vertreter ohne Vertretungsmacht .....	107
II. Konsequenzen für die Beurteilung der Echtheit des Schriftstücks.....	107
C. Unbeschränkbare Vollmacht und ihre Auswirkung auf die Echtheit der Urkunde .....	109
I. Juristische Person als „Aussteller“.....	109
1. Die Unfähigkeit, den Herstellungsakt vorzunehmen, als Ausgrenzungskriterium .....	110
2. Fehlende Erkennbarkeit des (Anscheins-)Ausstellers bei verdeckter Stellvertretung einer juristischen Person .....	110
II. Einfluß innenrechtlicher Beschränkungen bei Mißbrauch der Vertretungsmacht .....	112
1. Der Dritte ist gutgläubig .....	112
2. Der Dritte muß sich den Mißbrauch zurechnen lassen .....	112
a) Wortlaut des § 50 HGB und des § 177 BGB.....	114
b) Systematische Erwägungen .....	115
c) Zielsetzung des § 50 Abs. 1 HGB.....	115
d) Konsequenzen für die strafrechtliche Zuordnung der Erklärung .....	116
aa) Die gesetzlich begründete Unerheblichkeit des intern geäußerten Willens des Namensträgers als Zuordnungskriterium.....	116
bb) Kollision mit der für § 266 StGB anerkannten Lösung .....	117
cc) Ergebnis.....	119
D. Rechtsscheinhaftung .....	120
I. Blankettfälschung.....	120
1. Zivilrechtliche Beurteilung der Blankettausfüllung.....	120
a) Rechtliche Einordnung der §§ 171, 172 BGB.....	121
aa) Wortlaut.....	121
bb) Systematik .....	121
cc) Historische Auslegung .....	122
b) Ergebnis .....	122

2. Einfluß der zivilrechtlichen Auslegung auf die strafrechtliche Beurteilung der Echtheit einer Urkunde.....	123
a) Schutzlosigkeit des Blankettgebers bei strenger Akzessorietät.....	123
b) Relativität des Echtheitsbegriffs .....	123
aa) Beschränkung auf den gutgläubigen Rechtsverkehrsteilnehmer .....	123
bb) Die Auswirkung der Einbeziehung des Bösgläubigen.....	124
c) Schutzlosigkeit des Ausfüllenden bei Berücksichtigung des Außenverhältnisses .....	125
d) Abstellen auf den Außenrechtsverkehr auch im Falle des Rechtsscheins? .....	126
aa) Schadensrisiko des Erklärungsempfängers als Vertreter des Rechtsverkehrs .....	126
bb) Erklärungsbewußtsein des Blankettgebers.....	126
cc) Begriff und Inhalt der Rechtsscheinshaftung .....	127
dd) Historische Auslegung .....	128
e) Ergebnis .....	128
II. Anscheinsvollmacht.....	129
III. Duldungsvollmacht .....	129
E. Ergebnis .....	130
<b>3. Kapitel: Der Einfluß von Nichtigkeits- und Anfechtungsgründen bei der Vollmachterteilung auf die strafrechtliche Zuordnung der Erklärung zum Anscheinsaussteller .....</b>	<b>130</b>
A. Die Geschäftsunfähigkeit .....	130
I. Erteilung von Vertretungsmacht an einen Geschäftsunfähigen.....	130
1. Fehlende Zurechnung nach zivilrechtlichen Regeln .....	130
2. Strafrechtliche Konsequenzen .....	131
a) Täter der Urkundenfälschung bei Zugrundelegung der zivilrechtlichen Auslegung .....	132
b) Der subjektive Tatbestand als Auffangbecken für die gute oder böse Gesinnung des Täters .....	132
c) Abweichen vom zivilrechtlichen Maßstab und Eröffnung einer nur faktischen Zurechnung .....	133
aa) Nichterkennbarkeit der Geschäftsunfähigkeit.....	133



bb) Der Geschäftsunfähige als „verlängerter Arm“ des Namensträgers .....	133
II. Erteilung von Vertretungsmacht durch einen Geschäftsunfähigen .....	134
1. Ausschluß von Faktoren, die dem Einfluß des Täters entzogen sind .....	134
2. Parallele zur eigenhändigen Unterzeichnung durch einen Geschäftsunfähigen .....	135
III. Ergebnis.....	136
B. Sittenwidrigkeit .....	136
I. Sittenwidrigkeit der Vollmachtserteilung .....	136
II. Sittenwidrigkeit des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses .....	137
1. Wortlaut.....	137
2. Systematik .....	137
a) Außenvollmacht.....	137
b) Innenvollmacht .....	138
3. Strafrechtliche Konsequenzen .....	139
a) Sittenwidrigkeit nur des Vertretergeschäfts.....	141
b) Sittenwidrigkeit des Grundverhältnisses .....	141
c) Sittenwidrigkeit auch der Bevollmächtigung .....	142
III. Ergebnis.....	143
C. Willensmängel und Stellvertretung .....	143
I. Erklärungs- oder Inhaltsirrtum des Vertreters bei Abgabe und Unter- zeichnung einer Erklärung mit dem Namen des Vertretenen .....	143
1. Zivilrechtliche Zurechnung trotz „schwebender“ Wirksamkeit.....	143
2. Auswirkung der Anfechtungserklärung .....	144
3. Kenntnis des Geschäftspartners vom Irrtum des Vertreters.....	144
II. Erklärungs- oder Inhaltsirrtum bei Erteilung der Vertretungsmacht.....	144
1. Zuordnung der Erklärung trotz „schwebender“ Wirksamkeit der Bevollmächtigung .....	144
2. Kenntnis des Vertreters oder des Geschäftspartners vom Irrtum des Vertretenen .....	146
III. Täuschung des Vertreters bei Erklärungsabgabe.....	146
1. Dadurch bedingte Überschreitung der Vertretungsmacht.....	146
2. Handeln im Rahmen der Vertretungsmacht .....	146
a) Täuschung durch den Vertragspartner.....	146

b) Täuschung durch einen Dritten.....	147
IV. Durch Täuschung veranlaßte Ermächtigung des Unterzeichnenden .....	147
1. Täuschung des Ermächtigten.....	147
2. Die Täuschung eines Dritten führt zur Ermächtigung .....	149
V. Fehlende Differenzierungsmöglichkeit bei der Zuordnung nach zivilrechtlichen Regeln .....	149
VI. Anwendung von Gewalt und Bedrohung des Vertreters .....	151
VII. Erzwungene Vertretungsmacht.....	151
<b>4. Kapitel: Unzulässigkeit des Handelns unter fremdem Namen bei höchstpersönlich abzugebenen Erklärungen und ihre Bedeutung für die Frage der Echtheit .....</b>	<b>152</b>
A. Das Eigenhändigkeitserfordernis beim Testament: Nachweis des Testierwillens .....	153
I. Der Meinungsstand in der strafrechtlichen Rechtsprechung und Literatur ...	153
II. Diskussion .....	154
1. Vereinbarkeit der fremdhändigen Unterzeichnung höchstpersönlicher Erklärungen mit dem durch § 267 StGB geschützten Rechtsgut.....	155
2. Täuschung über die rechtliche Wirksamkeit der Erklärung.....	156
3. Täuschung über die Erlangung eines vollgültigen Beweismittels .....	156
a) Formelle Beweiskraft eines Schriftstücks.....	157
b) Materielle Beweiskraft eines Schriftstücks.....	157
c) Vollwirksame, rechtserhebliche Erklärung.....	158
4. Der Sachgrund des § 2247 Abs. 1 BGB: Fehlende Nachweisbarkeit der Echtheit bei Zulässigkeit der Unterzeichnung durch Stellvertreter ..	159
B. Das Höchstpersönlichkeitserfordernis bei der Examensklausur: Gewährleistung der Eigengeistigkeit.....	161
C. Das Höchstpersönlichkeitserfordernis bei bestimmenden Schriftsätzen im Zivilprozeß: Sicherung der verantwortungsbewußten Prüfung .....	162
D. Das Höchstpersönlichkeitserfordernis beim handschriftlichen Lebenslauf und beim Frageformular zu einem gesundheitsärztlichen Attest: Schriftprobe und Feststellung der Persönlichkeit.....	162
I. Der handschriftliche Lebenslauf .....	163
II. Das Frageformular .....	163
E. Ergebnis .....	164

<b>5. Kapitel: Nachträgliche und mutmaßliche Ermächtigung des Namensträgers</b> .....	164
<b>A. Genehmigung des Namensträgers</b> .....	164
I. Genehmigung der Erklärung eines Minderjährigen gem. §§ 107, 108 BGB .....	165
II. Genehmigung der Erklärung eines Vertreters ohne Vertretungsmacht.....	165
1. Zivilrechtliche Auswirkungen.....	165
2. Strafrechtliche Bedeutung .....	166
3. Die Genehmigung im zivilrechtlichen Vorfeld .....	167
4. Auswirkung der Genehmigung bei einseitigen Rechtsgeschäften .....	168
5. Die fehlende Äußerung des Willens.....	168
<b>B. Mutmaßliche Ermächtigung</b> .....	169
I. Mutmaßliche Ermächtigung in Fällen berechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag .....	169
1. Zivilrechtliche Beurteilung des Falles.....	169
2. Auswirkung der Geschäftsführung ohne Auftrag auf die Echtheitsbestimmung .....	171
a) Die bisherigen Lösungsansätze.....	172
b) Gefahr der Identitätstäuschung wegen der Möglichkeit der Genehmigungsverweigerung gem. § 177 BGB .....	173
c) Vermuteter Wille des Namensträgers genügt auch nicht für das Handeln im vorrechtsgeschäftlichen Bereich.....	174
d) Keine Rechtfertigung des Herstellens einer unechten Urkunde aufgrund des vermuteten Willens des Namensträgers.....	175
e) Erlaubt riskantes Verhalten bei Unterzeichnung als berechtigter Geschäftsführer ohne Auftrag.....	175
II. Unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag .....	176
III. Notgeschäftsführung .....	176
IV. Herstellung vorbehaltlich der Genehmigung durch den Namensträger .....	177
<b>Zusammenfassung und Ausblick</b> .....	178
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	181